

Leipziger Lerche

Mitteilungsblatt

der DKP-Leipzig

Ausgabe 1, 2021

Juli / August / September

Mitgliederversammlungen der DKP Leipzig:

immer am zweiten und
vierten Montag eines
Monats, 19.00 Uhr, im
Monopol (Haferkornstraße
15, Haus 4, 1. Etage).

Nächste Treffen:

- 12. Juli
- 26. Juli
- 09. August
- 23. August
- 13. September
- 27. September

dkp-leipzig@gmx.de
die-dkp-leipzig.de

V.i.S.d.P.:
Martin Zielke

Presseerklärung der DKP - Essen, 08. Juli 2021 -

Heute wurde vermeldet, dass der Bundeswahlleiter der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) den Antritt zur Bundestagswahl verwehren, bzw. ihr den Status als politische Partei aberkennen will. Als Begründung dient die verspätete Abgabe von Rechenschaftsberichten.

Dazu erklärt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP:

„Was hier versucht wird, das ist ein kaltes Parteiverbot. Damit kennen wir Kommunistinnen und Kommunisten uns aus. 1933 wurde die kommunistische Partei von den Faschisten verboten, 1956 von der Adenauer-Justiz. Groß muss die Angst vor uns sein, dass dies nun im Jahr 2021 mit bürokratischen Mitteln erfolgen soll. Natürlich werden wir alle Rechtsmittel einlegen. Wir sind sicher, dass dieser Versuch, uns kalt zu verbieten scheitern wird. Die Aberkennung des Parteistatus wäre der Versuch unsere Partei in den finanziellen Ruin zu treiben. Das reiht sich ein in die verschiedenen Skandale, bei denen versucht wird, fortschrittliche Organisationen über den Entzug der Gemeinnützigkeit zu ruinieren. Dieser Versuch reiht sich ein in die zunehmende Kriminalisierung und Verleumdung linker Kräfte. Dieser Versuch reiht sich ein in die Instrumentalisierung der Corona-Pandemie zu Demokratie- und Sozialabbau.“

Hier geht es nicht nur um den Wahlantritt der Kommunisten, deshalb rufen wir alledemokratischen Kräfte auf diesem Versuch eines kalten Parteiverbots entgegenzutreten.“



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

Klimakrise in vollem Gange

Bereits jetzt ist klar, dass das 1,5-Grad-Ziel, welches sich die Politik für die Erderwärmung gesetzt hat, Illusion ist. Unfug ist es auch, dass die Klimakrise abwendbar wäre. Für Kommunistinnen und Kommunisten steht die Frage grundsätzlich. Die Naturbearbeitung darf nicht zur Naturzerstörung führen.

Wir streben die Einheit des ökologischen Ganzen und der menschlichen Bedürfnisse an, statt des herrschenden Gegensatzes, in dem der Mensch nie Gewinner sein kann. Vernunft soll in der Geschichte und somit auch im Stoffwechsel des Menschen mit der Natur herrschen.

Bereits 1844 erkannte Karl Marx die Natur als unorganischen Leib des Menschen, von dem er lebt. Denn dass dieser Teil der Natur ist, zeigt, dass sein physisches und geistiges Leben mit der Natur zusammenhängt. Der Mensch zerstört mit der Natur sich selbst.

Im April 2021 stieg die Kohlendioxidkonzentration erstmals in der Geschichte der Zivilisation auf einen Wert von 419 ppm (Parts per Million, worin die CO₂-Konzentration gemessen wird). US-Ökosozialisten haben darauf verwiesen, dass 450 ppm einem Temperaturanstieg zum vorindustriellen Niveau von drei Grad entsprechen. Aktuell steigt die CO₂-Konzentration um zwei ppm pro Jahr. Ausgehend davon, was bereits erreicht ist, kann sich jeder ausrechnen, dass 2035, wenn die Politik bei Null

Emissionen angekommen sein will, das 1,5-Grad-Ziel schon überschritten sein wird. Von einer Begrenzung auf diesen Wert kann bereits keine Rede mehr sein, denn wir müssten sofort eine negative CO₂-Neuemission haben, um die politischen Ziele zu erreichen, was der gesunde Menschenverstand als Unsinn erkennt.

Daraus folgt, dass absehbar immer weitere Teile der Erde - insbesondere im globalen Süden - unbewohnbar sein werden. Das hat zur Folge, dass diese Gebiete von Menschen geräumt werden, welche sich dann auf die kleiner werdenden übrigen Gebiete verteilen müssen. Vom Wasserman-

gel, dessen Anzeichen wir auch hierzulande spüren, Nahrungsmittelmangel, überhaupt Ressourcenknappheit wollen wir gar nicht erst anfangen. Ursächlich für diese Krise ist die auf Verschwendung, mithin auf Profit, ba-

sierende kapitalistische Produktionsweise. Nur ein sozialistischer Weg vermag das kommende Chaos noch abzuwenden!

Bildung in der Krise

Seit über einem Jahr befinden wir uns in einem regelmäßigen Auf und Ab der Inzidenzwerte und damit in einer Dauerschleife des Öffnens und Schließens von Schulen, Kitas, Gastronomie und des gesellschaftlichen Lebens.

Besonders junge Menschen leiden in der aktuellen Situation unter Ungewissheit, Zukunftsängsten und damit einhergehend steigender Leistungsdruck. Psychische Belastung und Krankheiten haben in den letzten Monaten extrem zugenommen. Schon Schülerinnen und Schüler werden von Zukunftsängsten geplagt.

Kein Wunder, wenn immer weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen werden und die Abiturprüfungen auf Biegen und Brechen stattfinden mussten. Durch die Online-Lehre werden die sozial Benachteiligten noch mehr abgehängt! Der Leistungsdruck durch seine Flut an Hausaufgaben

und Noten war schon vor Corona riesig und gehörte schon 2019 abgeschafft.

Jetzt macht es die Pandemie nochmal deutlicher, unter welchem Druck die Jugend steht und welche Selektionsmechanismen dabei greifen. Egal, ob du



Das "Haus Europa" spaltet, denn dieses gehört dem Kapital. Quod erat demonstrandum!

F.B

die benötigte technische Ausstattung oder einen eigenen Raum zum Lernen hast, von dir wird trotzdem dieselbe Leistung in den Prüfungen abverlangt. Kein Wunder also, dass aktuell tausende junge Menschen ob in Schulen, Berufsschulen oder Universitäten nicht mehr mitkommen und der Druck immer weiter steigt. Wir wollen aber für uns und unsere Zukunft lernen und nicht um, zu möglichst billigen und unkritischen Kräften für die Marktwirtschaft erzogen werden!

Wir brauchen eine konsequente Pandemiebekämpfung im Interesse der Menschen! Nur das kann die Grundlage für Präsenzunterricht und Öffnungen schaffen. Während der Pandemie werden Schülerinnen, Schüler und Auszubildende immer wieder einem kalkulierten Infektionsrisiko ausgesetzt, um möglichst schnell dem Markt als Arbeitskraft zur Verfügung zu stehen. Die Prüfungen wurden rück-

sichtslos durchgeführt, obwohl kaum Unterricht stattgefunden hat.

Während Konzerne wie Lufthansa neun Milliarden Euro erhalten, wurde das ohnehin unterfinanzierte Bildungssystem weiter vernachlässigt - sicherer Präsenzunterricht mit Lüftungsgeräten und kleineren Klassen wäre möglich, sowie die kostenfreie Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit technischen Geräten für den Online-Unterricht. Das Geld ist offensichtlich vorhanden, kommt in diesem System aber nicht der Mehrheit der Bevölkerung zugute. Während wir also arbeiten oder in die Schule gehen müssen, damit sich einige wenige auch weiterhin auf unsere Kosten bereichern und von unserer Arbeitskraft ein Leben im Überfluss führen können, werden unsere Grundrechte im privaten Bereich massiv eingeschränkt.

Wir dürfen uns nicht mit Freunden treffen, obwohl wir im Betrieb dicht gedrängt nebeneinander stehen. Wir dürfen nicht in unseren Sportverein, obwohl wir regelmäßig auf

dem Weg in die Schule in überfüllten Bahnen sitzen. Dass jede soziale Freizeitmöglichkeit wegfällt, hat zur Folge dass viele Jugendliche psychische Probleme entwickeln. Die Profite von Banken und Konzernen werden auf Kosten unserer Gesundheit durchgesetzt.

Dieser Politik müssen wir etwas entgegensetzen. Denn dass die Interessen von Banken und Konzernen über unsere, die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend, gestellt werden, liegt an diesem System.

Das geht nur gemeinsam, also organisiere dich in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend!

Wir fordern:

- ***Recht auf Ausbildung***
- ***Gute Bildung statt Leistungsdruck***
- ***Recht auf Freizeit***
- ***Recht auf Leben im Studium***

SDAJ Leipzig

Zur Lage der Prekarisierten

Jeder sozial und auch „links“ denkende Mensch muss zugeben, dass es in der Welt von Otto-Normalbürgern Existenzängste gibt, die auch durch eine verstärkte Migration entstehen können. Angesichts der prekären Lage seiner eigenen Lebenswelt mit Angst vor Teuerung der Wohnung, Angst um sein Ausbeutungsplätzchen (auch Arbeitsplatz genannt), Angst um jedes bisschen erarbeiteten Wohlstand, bis hin zur Angst vor erhöhter Kriminalität. Diese Sorgen und Ängste - auch wenn sie teilweise unbegründet sind - muss man als verantwor-

tungsvoller Politiker auch ernst nehmen, auch wenn man sie nicht teilt und für unrichtig hält. Deswegen hat eine verantwortungsvolle „linke“ Politik dafür zu sorgen, dass es eben keine Trennung in Einheimische und Zuwanderer gibt, sondern zuerst um den Menschen. Um auch diesen ein menschenwürdiges Lebensumfeld zu gewähren, muss man eben auch Gesellschaft organisieren. Dazu gehört eben auch, klar zu fordern: Tarifpflicht für alle Unternehmen einer Branche, bundesweit einheitliche Mietpreise ohne Grundstückswertspekulation. Dazu gehört ebenso die Forderung nach einer 30-Stunden-Arbeitswoche bei vollem Lohnaus-

gleich, um die Teilhabe aller an Arbeit zu gewährleisten. Dazu gehört weiterhin die völlige Gleichstellung aller Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialem Status. Dazu gehört außerdem ein einheitlicher Mindestlohn ohne Abhängigkeiten von Sozialsystemen und ohne Unterlaufen durch Tarifvereinbarungen. Dazu gehört schließlich die allgemeine Einzahlungsverpflichtung für alle Einkommensarten in die sozialen Sicherungssysteme ohne Freigrenzen und vieles mehr. Auch das gehört zu einer „kosmopolitischen“ Sichtweise -

denn wenn man schon ins All hineinschaut, dann sollte man die Basis nicht vernachlässigen, sonst kann man irgendwann nicht mehr weit blicken. Leider ist das analytische Denken in der Linken durch die Vernachlässigung der Marx'schen Theorie und Praxis verloren gegangen, und damit bewahrheitet sich die These über diejenigen Linken, die angeblich für einen „demokratischen Sozialismus“ eintreten. Sie sind eben nur Teil des kapitalistischen Systems und keine Gegner desselben.

Ein Sozialismus, der sich mit dem Attribut „demokratisch“ schmücken muss, ist ein „Sozialismus“ ganz nach dem Geschmack des Klassenfeindes. M.B.

Kleiner Kommentar

Auch die DKP hatte mit der Pandemie zu kämpfen. Mitgliederversammlungen wurden digital durchgeführt. Persönliche Gespräche wurden durch Texte ersetzt. Statt Treffen fanden Videokonferenzen statt. Es liegt auf der Hand, dass eine solche Situation für eine Organisation besonders schwer ist. Im Rahmen der bescheidenen Möglichkeiten versuchten wir, aktiv zu bleiben. So hat unsere Partei erfolgreich den „Tag der Begegnung“ in Torgau begangen. Tausende Flyer und Zeitungen haben wir in Leipzig verteilt, dazu wurden Infostände durchgeführt. Da die Hürden für die Teilnahme an der Bundestagswahl gesenkt wurden, ergeben sich neue Möglichkeiten. Mit Plakaten und Wahlversammlungen werden die Roten ihr (Wahl-)Unwesen treiben. Es ist unsere Aufgabe, kommunistische Ideen in die Öffentlichkeit zu tragen. Ein guter Wahlkampf heißt für uns nicht nur, Stimmen zu gewinnen. Sondern neue Mitkämpfende zu finden, Einfluss gewinnen, sichtbar werden. Eben zeigen, dass es eine wirkliche Alternative zum bestehenden System gibt. M.Z.

Wer Hitler wählt - wählt Krieg!

Am 18. August 1944 wurde auf Befehl Hitlers Ernst Thälmann im Konzentrationslager Buchenwald ermordet. Traurige Berühmtheit hat Leipzig in diesem Zusammenhang erlangt. So hat Thälmann im April 1932 auf dem Volksmarsdorfer Marktplatz eine Rede gehalten. In dieser warnte er die Arbeitenden vor dem baldigen Machtantritt der Faschisten. Es gibt, außer einer kleinen Gedenktafel, keine wahrnehmbare Erinnerung mehr an Thälmann in Leipzig.

Die Ernst-Thälmann-Straße erhielt 1991 ihren alten Namen Eisenbahnstraße wieder. Der Ernst-Thälmann-Platz wurde auf Betreiben der Fraktion Bündnis90/Die Grünen gegen den Widerstand der Linken rückbenannt in Volksmarsdorfer Markt. Dazu muss aber auch mal gesagt werden: „Schon die Nazis wussten, dass das kollektive Gedächtnis der Arbeiterbewegung ein wesentlicher Bestandteil von Klassenbewusstsein ist, und sie begannen deshalb frühzeitig, das kollektive Gedächtnis an den kommunistischen Arbeiterführer Thälmann auszulöschen“, so Heinrich Hannover im Mordprozess Thälmann 1986.

In dieser Tradition bewegt sich leider auch Leipzig. Da ist es fast kein Zufall mehr, dass am 17. August 1956 in der BRD die KPD verboten wurde. Die Behauptung der „Verfassungswidrigkeit“ war eine Scheinbegründung der Adenauer-Regierung, mit der die Absichten des Verbots verschleiert werden sollten. Sein Fortbestehen begünstigt das Aufkommen faschistischer Kräfte und chauvinistischer Hetze.

„Wer Hitler wählt - wählt den Krieg!“ Diese Warnung Ernst Thälmanns und der KPD hatte sich bestätigt. Leider sehen wir heute in Bezug auf die Kanzlerkandidatin von Bündnis 90 / Die Grünen:

„Wer Baerbock wählt, wählt (NATO-) Grün. Wer Grün wählt, wählt auch Krieg.“

Das muss verhindert werden!

Kampf gegen NATO Aggression und Frieden mit Russland und China!

M.B.

